



GASTKOMMENTAR

Neutralität ohne Schutz

Nach Ende des 2. Weltkrieges dauerte es zehn, durch die Besatzung der alliierten Mächte belastete, Jahre bis wir durch den Staatsvertrag Unabhängigkeit und Freiheit erlangen konnten. Während uns Amerika mit dem Marshallplan entscheidend half, den Wiederaufbau zu bewerkstelligen, betrieben die Sowjets in ihrer Zone massiven Ressourcenraub. Die Bereitschaft zur Neutralität

nach Schweizer Muster, also mit militärischer Verteidigung, war für diese ebenso Voraussetzung wie riesige Zahlungen, die uns bis 1976 belasteten. Überdies verhinderten sie unsere Teilnahme an der europäischen Integration. Zusammen mit den Behinderungen durch den Eisernen Vorhang vor der Haustür, belastete dies unsere dennoch so lange erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Ebenso verweigerte sie uns noch in den Kreisky-Jahren Boden-Luft-Raketen.

Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion, den Putin rück-

gängig zu machen versucht, konnten wir 1995 Mitglied der EU und in Folge der EURO-Zone werden. Dieser Beitritt hat den Inhalt des Status unserer Neutralität automatisch verändert. Noch mehr geschah dies durch die Beistandsverpflichtung des Lissabonner Vertrages und vor allem durch eine entsprechende Ergänzung unserer Bundesverfassung. Diesbezüglich steckt die Politik allerdings unverantwortlich und verfassungswidrig den Kopf in den Sand. Dies trifft auch für unser Bundesheer zu, das, wie Verteidigungsminister Starlinger

(Experten-Regierung) erklärte, nicht einsatzfähig ist. Wir sind nicht einmal in der Lage, den Eintritt illegaler Migranten aus Ungarn zu verhindern. Besonders schwer wiegt, dass wir unsere Lufthoheit nicht gewährleisten können und über keine Luftabwehr gegen Raketen und Flugmarschkörper oder Drohnen verfügen. Auch dies wollen extreme politische Kreise, die übrigens für einen EU-Austritt sind, verhindern, damit wir wehr- und schutzlos bleiben.

Was unsere Sicherheit angeht, verlassen wir uns trittbrettfahrend auf den ameri-

kanischen Schutzschild der NATO und verweigern europäische Solidarität, womit wir uns als Außenseiter à la Orbán isolieren. Gleichzeitig verhalten wir uns beschämend als Putin-Lakaien, wie sich bei der Haltung vieler Politiker zum Überfall auf die Ukraine gezeigt hat. Wir beziehen weiterhin den größten Teil unseres Erdgases in Abhängigkeit von der Willkür aus Russland. Damit helfen wir diesen, den Vernichtungskrieg zu finanzieren. Die seit Putins Antritt ständigen Kriege zur Wiederherstellung russischer Großmacht, wofür Grozny, Aleppo,

Mariupol oder Bachmut schreckliches Zeugnis ablegen, werden offenbar nicht verstanden. Diese Haltung kann sich im Ernstfall noch bitter rächen. Daran wird auch der Papiertiger einer Sicherheitsdoktrin nichts ändern.

Österreichische Sicherheit braucht Wehrhaftigkeit in einem europäischen Rahmen.



HANNES
ANDROSCH
Minister a. D.

Foto: Peter Tomschi